

## **Antrag**

**Bearbeitung:** Katja Mentz (E-Mail: [katja.mentz@luebeck.de](mailto:katja.mentz@luebeck.de) Telefon: 122-1067)

## **Fraktion Linke & GAL: Aufnahme von besonders schutzbedürftigen und traumatisierten Kindern aus Gaza und Israel**

### **Beratungsfolge:**

<b>Datum</b>	<b>Gremium</b>	<b>Status</b>	<b>Zuständigkeit</b>
25.09.2025	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	

### **Antrag:**

Die Bürgerschaft beschließt:

Bürgermeister Jan Lindenau wird gebeten, sich der Initiative der Städte Kiel, Hannover, Düsseldorf, Leipzig und Bonn anzuschließen, die sich bereit erklärt haben, besonders schutzbedürftige, verletzte oder traumatisierte Kinder aus Gaza und Israel in ihren Städten aufzunehmen und in einem Schreiben an das Bundesinnen- und Bundesaußenministerium dazu aufgefordert haben, die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen für die humanitäre Initiative zu schaffen.

### **Begründung:**

Die oben genannten Städte haben in einer gemeinsamen Initiative erklärt, schutzbedürftige Kinder aus Gaza und Israel in ihren Städten aufnehmen zu wollen.

Die fortwährende humanitäre Katastrophe im Gazastreifen trifft besonders Kinder, die Opfer von Krieg, Vertreibung und zerstörtem Gesundheitswesen sind. Tausende Kinder sind schwer verletzt, traumatisiert, unterernährt und haben keinen Zugang zu medizinischer Versorgung. Die Hilfe vor Ort reicht bei weitem nicht aus.

Über 160 Kliniken wurden zerstört, es fehlt an Medikamenten, Nahrung und sicherem Schutz. Viele Kinder sind zu Waisen geworden und stehen vor dem Nichts. Mindestens 25.000 Kinder müssten im Ausland medizinisch behandelt werden, viele davon sind in akuter Überlebensnot.

Die Aufnahme in deutschen Städten wie Kiel, Hannover, Leipzig, Düsseldorf oder Bonn soll das Überleben und die Genesung dieser Kinder sichern und ist oft die einzige realistische Option.

Die Initiative wird von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen unterstützt und entspricht den Standards internationaler humanitärer Hilfe. Bürger:innen melden sich, um Betreuung oder Pflegschaften für die Kinder zu übernehmen.

Wir sehen es als einen Akt humanitärer Verantwortung an, dass wir uns als Hansestadt Lübeck der Initiative anschließen.

### **Anlagen:**

Vorsitzende/r  
der Fraktion LINKE + GAL